

KOMMENTAR:

Indiens Premier Rajiv Gandhi ist zurückgetreten, weil ihm das zweitschlechteste Wahlergebnis seiner 'Congress-I'-Partei seit den ersten Parlamentswahlen von 1951/52 keine andere Wahl mehr ließ. Nur 1977 gab es ein noch größeres Debakel für den 'Congress', als für die 'Janatha Partei' ein 30-monatiges Intermezzo als Regierungspartei begann. Die jetzige Niederlage ist das Ende des 'Congress', dieser einzigen überregionalen Partei Indiens, der Partei, die einer der Hauptfaktoren für Indiens Einigung symbolisierte und deshalb das Riesenland 40 der 42 Jahre seit der Unabhängigkeit regieren und zusammenhalten konnte. Der andere Faktor, Hinduismus, der in der Politik keine Rolle spielen sollte, wird angesichts des Abgangs der 'Congress'-Partei, die auch einziges politisches Bindeglied zwischen den Bundesstaaten war, eine noch größere Bedeutung erlangen. Auch unter die Nehru-Gandhi-Dynastie ist damit ein Schlußstrich gesetzt - zumindest vorläufig.

Im Ergebnis drückt sich nicht nur ein Wählervotum gegen die mürbe gewordene und zerstrittene 'Congress'-Partei aus. Die Wahlschlappe ist vor allem ein Urteil gegen den jungen, unerfahrenen Premier, der 1984 mit so viel Vorschußlorbeeren neuer Regierungschef wurde und als 'Mr. Clean' die korrupte indische Politik zu säubern versprach und dann doch selbst im Sumpf des sogenannten Bofors-Bestechungsskandals unterzugehen drohte. Es ist ein Urteil gegen seinen Führungsstil, gegen die Selbstherrlichkeit, die Gandhis politische Entscheidungen immer stärker bestimmte. Und es ist ein Urteil gegen platte Sprüche, mit denen er noch bis zuletzt versuchte, eine drohende Niederlage abzuwenden. Während nach der Ermordung seiner Mutter 1984 und den sich daran anschließenden Wahlen noch der Slogan Wirkung zeigte, nur der 'Congress' könne den Zerfall der Union aufhalten, wirkte das gleiches Argument im jetzigen Wahlkampf nur noch wie eine stumpfe Waffe. Gerade der 'shooting-star' Gandhi, der Indien ins 21. Jahrhundert katapultieren wollte, ist wegen politischer Naivität und politischem Opportunismus für zunehmende innenpolitische Konflikte verantwortlich. So ist die Lage im Punjab weiter gespannt, Kashmir an der Grenze zu Pakistan könnte zu einem neuen Unruheherd werden, ethnisch und religiös bedingte Spannungen und Gewalttätigkeiten sowie Sezessionsgelüste in vielen Teilen des Landes haben sich gerade unter seiner Ära wie ein Krebsgeschwür in der indischen Gesellschaft festgesetzt und bedrohen nun das Konzept der nationalen Einheit.

Die Wirtschaftspolitik der Gandhi-Regierung hat vor allem den oberen zehn Prozent genutzt, während die große Masse der Bevölkerung weiter gespannt auf die

Segnungen des 'trickle down'-Effekts wartet. Trotz der Steigerung des Bruttosozialproduktes um jährlich etwa 5 % gelten weiterhin 400 Millionen als arm, 150 Millionen nehmen täglich nur eine Mahlzeit zu sich. Während es einer wachsenden Mittelschicht, die derzeit auf 150 bis 200 Millionen Menschen geschätzt wird, dank der 'gandhianischen' Einkommens- und Importpolitik, immer besser geht, ist der Kalorien pro-Kopf-Verbrauch der verarmten Bevölkerung während der letzten fünf Jahre zurückgegangen.

Zunehmendes Engagement multinationaler Konzerne, steigende Auslandsabhängigkeit, Inflation und rapide wachsende Auslandsverschuldung - sie wird auf 120 Milliarden Mark geschätzt - sind weitere Resultate der 'Öffnungspolitik' Gandhis. Die alten indischen Bestrebungen nach 'self reliance', also so weit wie möglich auf die eigenen wirtschaftlichen Fähigkeiten zu setzen, sind von Rajiv Gandhi weitgehend über Bord geworfen worden.

Kritik hat Gandhi zu bekämpfen versucht: Der Druck auf die im Vergleich zu anderen 'Entwicklungsländern' freien Printmedien des Landes ist unter Gandhi gewachsen; Fernsehen und Radio sind zu einem Sprachrohr seiner Regierung geworden, zu einer Werbeagentur, wie es ein indischer Journalist kürzlich ausdrückte.

Während das Verhältnis zu den beiden Supermächten und zum Westen als gut und entspannt zu bezeichnen ist, haben Indiens Beziehungen zu den Nachbarn - vor allem Sri Lanka und Nepal - während der Regierungszeit von Rajiv Gandhi einen Tiefpunkt erreicht. Noch nie war das Mißtrauen der Nachbarn gegenüber Indien so groß wie während der vergangenen fünf Jahre.

Erstmals in der Geschichte Indiens wird es eine Koalitionsregierung geben. Sie besteht aus der 'Nationalen Front' (NF), einem Zusammenschluß mehrerer, teils regionaler Parteien, der hindu-nationalistischen 'Bharata Janata Partei' (BJP) - die am ehesten verstanden hat, die Anti-'Congress'-Welle zu nutzen und deshalb als die eigentliche Gewinnerin der Wahl gilt - und aus den Kommunisten. Und Indiens neuer Premier heißt Vishwanath Pratab Singh, auf den man sich nach langem Ringen einigen konnte. Während die Janatha Partei 1977 einen willkommenen Wechsel symbolisierte und eine klare landesweite Alternative zur 'Congress'-Partei darstellte, ist die neue Koalitionsregierung eine Kombination aus regionalen, hindu-chauvinistischen und linken Parteien. Stabile politische Verhältnisse sind damit in Indien sicherlich nicht geschaffen worden. Auf ein Neues im nächsten Jahr!

Walter Keller